bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 25 | 04. Dezember 2008

Rechte Szene 2

Parteifreunde
Um Udo Voigt ist es einsam geworden – die Demontage des NPD-Chefs geht munter weiter.

Einstiegsdroge Musik
NPD und Neonazis versuchen, die Popularität des Rock für ihre Zwecke zu nutzen.

Braune Leimrute
Neonazistische Website will an die Daten von politischen Gegnern ran.

Gesinnungsbrüder
Neonazis aus Deutschland und Tschechien sind zunehmend freundschaftlich miteinander verbandelt. Der tschechischen Arbeiterpartei droht vermutlich das baldige Aus.

Konzertserie
Schusswaffeneinsatz nach Musikveranstaltung.

Ausland 7

Erbitterte Machtkämpfe
Der rechtsextreme französische Front National scheint im Chaos zu versinken. Abweichler kontern mit rivalisierenden Listen zu den Europaparlamentswahlen.

Bäumchenwechsel
Schwedische Neonazis in neuem Gewand.

Seitenblick 9

Christliche „Amtshilfe“
Kollaborateure in den beiden großen Kirchen haben die konvertierten Juden nicht geschützt, sondern dem NS-Regime ausgeliefert.

Im Osten nichts Neues
Hohe Ausländerfeindlichkeit auch in Bayern.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Entfesselte Barbaren
Eine Ausstellung zeigt die Brutalität und Schikanen gegen Juden beim Novemberpogrom 1938.

Geraubte Bücher
Jüdisches Eigentum in Berliner Bibliotheken.

Meldungen 12

Rechte Szene

Parteifreunde

Um Udo Voigt ist es einsam geworden – die Demontage des NPD-Chefs geht munter weiter.

Immer wenn die Not am größten ist, greift NPD-Chef Udo Voigt zum Mittel der persönlichen Erklärung. Am Montag, den 1. Dezember war es wieder einmal so weit. Der „Spiegel" hatte gemeldet, dass der Parteichef an dubiosen Finanztransaktionen beteiligt gewesen sei. Konkret geht es um zwei 25 000-Euro-Zahlungen der NPD-Sympathisantin Magdalena von Pidoll, bei denen nicht klar sei, ob es sich um eine illegale Parteispende oder um ein Darlehen handele, zum anderen um eine 20 000-Euro-Überweisung von Voigts Landshuter Textilreinigung, die nie veröffentlicht worden sei. Für Voigt muss die Lektüre alarmierend gewesen sein. Das Bild einer Partei, die nur wegen eines kriminell gewordenen Ex-Schatzmeisters in Verruf und finanzielle Kalamitäten geraten sei, ließe sich nicht aufrechterhalten, würde der Chef selbst bei Schummeleien erwischt. Immerhin hielt man Voigt nach der „Spiegel"-Veröffentlichung in Neonazi-Kreisen zugute, anders als Kemna habe er sich nicht selbst bereichert, sondern bei möglicherweise „kreativen Finanztransaktionen" die Interessen der Partei im Blick gehabt.

Doch auch diese Sichtweise kann er nicht gelten lassen. Ein Verstoß gegen das Parteiengesetz würde Strafzahlungen zur Folge haben, die sich die NPD zumal vor teuren Wahlkämpfen nicht leisten kann. „Bei allen genannten Beträgen" habe es sich um Darlehen gehandelt und nicht um Spenden, erklärte er denn auch: In den Rechenschaftsberichten müssten diese Darlehen „eben nicht einzeln aufgeführt werden". Voigt wittert hinter den neuen Nachrichten nicht nur eine Attacke auf die NPD, sondern eine Verschwörung gegen seine Person. „Das BRD-System scheint einen anderen Parteivorsitzenden zu wollen, das ist mir nun klar", schreibt er. Indirekt bringt er damit zum Ausdruck, dass ein Gegenkandidat beim Sonderparteitag, der im nächsten Frühjahr stattfinden soll, aus seiner Sicht wohl als Erfüllungsgehilfe des ihm verhassten Systems betrachtet werden könnte.

„Selbstverständlich", so hatte Voigt in der Woche zuvor gegenüber der „Süddeutschen Zeitung" erklärt, werde er bei dem Parteitag wieder antreten. Dabei hatte er zuvor zur Kenntnis nehmen müssen, dass selbst enge Vertraute von ihm abrücken. „Sehr überrascht" hatte ihn demnach eine Äußerung von Peter Marx. „Ich erwarte, dass ein neuer Vorsitzender gewählt wird", war der NPD-Generalsekretär im Berliner „Tagesspiegel" zitiert worden. „Wenn das stimmt, bin ich gespannt, wie sich Herr Marx die weitere Zusammenarbeit vorstellt", erwiderte Voigt. Marx hatte auf Holger Apfel als neuen Parteichef getippt. Auch auf den kann Voigt nicht mehr hundertprozentig bauen. Zwar dementierte der Parteivize Meldungen, nach denen er bereits – sehr sachsenlastig – Posten in einem von ihm geführten neuen Bundesvorstand verteile. Doch von einer offensiven Unterstützung Voigts war in einer Erklärung Apfels keine Spur zu finden. „Udo Voigt hat erklärt, dass er die NPD gerade auch mit Blick auf die kommende Bundestagswahl weiterhin führen und sich im Frühjahr wieder zur Wahl stellen will", konstatierte Apfel, mit dem Hinweis „gegen Udo Voigt" werde er nicht kandidieren. Eine Rückenstärkung sieht etwas anders aus.

Hinter der Veröffentlichung seiner angeblichen „Kabinettsliste" vermutet Apfel „Desinformanten", denen er unter anderem unterstellt, einen Keil zwischen die Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern treiben zu wollen. Doch von außen müssen keine Keile in die NPD getrieben werden. Das tut sie schon selbst. Apfel selbst liefert einen Hinweis darauf, wenn er beispielhaft eine Reihe von Funktionären nennt, die er im Vorstand „für unverzichtbar halte", dabei aber ausgerechnet den zweiten Voigt-Vize Jürgen Rieger auslässt. Und schließlich ist da noch der – neben Apfel und Rieger – dritte potenzielle Voigt-Nachfolger: Udo Pastörs. Der hat schon vor Monaten gesagt, dass Voigt als Vorsitzender unmöglich geworden sei, so dass er sich aktuell öffentlich in die weitere Demontage des Parteichefs gar nicht mehr einmischen muss. Es ist einsam geworden um Voigt. Selbst wenn er das Frühjahr noch im Amt übersteht, ist ein Ende seiner Ära in Sicht. Im Gespräch mit der „Süddeutschen" träumte er wieder einmal von einem Einzug der NPD in den Bundestag: „Wenn es danach eine andere Situation gibt, werde ich zu gegebener Zeit einen Nachfolger vorschlagen."

Tomas Sager

Einstiegsdroge Musik

NPD und Neonazis versuchen, die Popularität des Rock für ihre Zwecke zu nutzen.

Rechtsextreme Rockmusik ist der Speck, mit dem ideologische Rattenfänger Kinder und Jugendliche in die Szene locken. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann benannte rechtsextreme Bands und ihre Musik erst kürzlich als „Einstiegsdroge in die Szene", und damit liegt er wohl auch genau richtig.

Zum harten Kern des Rechtsrock und rechtsextremer Liedermacher in Sachsen-Anhalt zählen 16 Bands und drei Einzelakteure, die in der Szene teilweise auch längst überregionale und internationale Bedeutung gefunden haben. Und es vergeht kaum ein Wochenende, ohne dass zwischen Arendsee und Zeitz nicht irgendwelche rechtsextreme Rockbands auftreten. Teils bei offiziellen Festen der NPD oder bei „privaten Feiern".

Erst Anfang November gaben Neonazi-Bands aus Deutschland, Italien und Belgien bei einer Großveranstaltung in Harpke im Bördekreis vor fast 400 Besuchern ein Konzert. Für die Veranstaltung war eigens ein gut abgesichertes Objekt der ehemaligen DDR-Grenztruppen angemietet worden. Veranstalter war ein polizeibekannter Neonazi aus dem Harz. Die Polizei löste die Veranstaltung auf. Zu einem anderen Konzert in der selben Immobilie kam die Polizei erst, nachdem die Auftritte der beteiligten Bands bereits beendet waren. Neonazis hatten das Objekt vorsorglich als Ersatzspielstätte für ein Konzert vorbereitet, dass von der niedersächsischen Polizei aufgelöst worden war.

Christian Dornbusch, Jan Raabe und David Begrich sind seit Jahren ausgewiesene Experten in Sachen Rechtsextremismus, rechtsradikaler Symbolik und Musik. In einer gerade erschienenen Broschüre namens „RechtsRock – made in Sachsen-Anhalt" beschäftigen sie sich eingehend mit der Modernisierung des rechtsextremen Spektrums, beschreiben die organisatorischen und stilistischen Entwicklungen rechtsextremer Musik in Sachsen-Anhalt. Sie zeigen auch auf, wie subtil „Freie Kameradschaften" ebenso wie die NPD versuchen, die Popularität des Rock für ihre Zwecke zu nutzen.

Insgesamt veröffentlichten deutsche Rechtsrock-Bands in den vergangenen 15 Jahren mehr als 1200 Platten-, CD- und DVD-Titel. Die höchste Auflage hatten dabei die so genannten „Schulhof-CDs". Es begann mit der Multi-Media-Produktion „Anpassung ist Feigheit", die 2004 erschien und von 50 „Freien Kameradschaften" und Rechtsrock-Produzenten finanziert wurde. Ein Beschlagnahmebeschluss der Staatsanwaltschaft Halle/Saale setzte der aggressiven Werbung an Schulen jedoch ein frühes Ende, die CD tauchte nur vereinzelt auf. Im selben Jahr legte die NPD im Landtagswahlkampf in Sachsen die CD „Schnauze voll?" mit einer Auflage von 30 000 Exemplaren auf. Sie kam insbesondere bei Jung- und Erstwählern gut an. 16 Prozent der 18- bis 25-Jährigen und fast 14 Prozent der 25- bis 35-Jährigen gaben der NPD im September 2004 ihre Stimme. Im Jahr darauf knüpfte die NPD an ihr Erfolgsrezept an. „Hier kommt der Schrecken" heißt die CD, die sie in zwei Folgen kostenlos unters Volk brachte.

Wegbereiter der Rechtsrock-Szene in Sachsen-Anhalt war neben „Elbsturm" die Gruppe „Doitsche Patrioten". Die Band, die auch Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinaus hat, wurde 1993 gegründet. Bis 1997 probte sie im kirchlichen Jugendclub „Brunnenhof" in Magdeburg. Dabei wurde bereits 1994 die CD „Nur für Euch" von der Bundesprüfstelle für jugendgefährende Medien auf den Index gesetzt. Es bestehe die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche ein „verzerrtes, ideologisiertes Bild vom Nationalsozialismus und seinen Führungsleuten" bekommen, hieß es zur Begründung. Die im Jahr 2000 gegründete Band „Vae Victis" (Wehe den Besiegten) singt auf ihrem 2003 erschienenen Album „Im Zeichen der neuen Dämmerung": „Adolf, du warst der beste Mann der Welt bis in alle Ewigkeit. Und wenn das deutsche Volk das begreift, ja dann kommt unsere Zeit".

Neben den Rechtsrock-Bands haben sich auch rechtsextreme Liedermacher der „ideologischen Aufklärung" der Jugend verschrieben. Zu ihnen gehört Manuel Zieber aus Staßfurt. Seit seinem 15. Lebensjahr stehe er „im politischen Kampf für Deutschland", sagt er über sich selbst. Seine ersten große Auftritte hatte der heute 25-Jährige 2003 auf dem „Pressefest des NPD-Parteiorgans ‚Deutsche Stimme'" im sächsischen Meerane und eine Woche später auf dem Gedenkmarsch für den Hitler-

Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel. In „Der Wind schlägt um“ singt er kämpferisch: „Der Deutsche kann nicht mehr in Knechtschaft leben, Gerechtigkeit beginnt sich zu erheben ...“

Rechtsextreme Musik biete Jugendlichen, die sich sozial und wirtschaftlich benachteiligt fühlen, „Anreize für den Einstieg in die rechtsextreme Szene“, sagt Sachsen-Anhalts Innenminister Hövelmann. Er verweist auf die rassistischen, antisemitischen und oft gewaltverherrlichenden Texte. „Damit werden Feindbilder aufgebaut und so die häufig noch ungefestigten ideologischen Einstellungen der meist jugendlichen Konsumenten geprägt.“ Zudem würden Jugendliche, die sich subjektiv als im gesellschaftlichen Abseits stehend betrachten, in der Rechtsrock-Szene ein für sie neues Wir-Gefühl mit ungewohnter Akzeptanz der eigenen Persönlichkeit erleben und zudem durch die gemeinsamen Feindbilder eine irreale Erhebung der eigenen Person über andere empfinden.

Eberhard Löblich

Braune Leimrute

Neonazistische Website will an die Daten von politischen Gegnern ran.

Rund sechs Wochen lang tummelten sich Neonazis mit einer gefakten Antifa-Site unter einem eigenen Domainnamen und dem Motto: „Die Ware Antifa. 0% Deutschland – 100% Antifa“ im Word Wide Web. Über die angebliche Zusendung kostenloser Aufkleber mit dem Slogan: „Wir scheißen auf Deutschland“ versuchten sie, an Daten von politischen „Gegnern“ zu kommen. Ende November wurde diese „neue Internetplattform junger und alter AntifaschistInnen“ dann jedoch als „Anti-Antifa“-Site enttarnt und kurze Zeit später aus dem Netz genommen. Zur Enttarnung führten einerseits eine zu offensichtlich bemühte Diktion, wie auch vor allem die Angaben bei der Domainregistrierung. Hier wurden zwar Phantasiedaten angegeben, offenkundig konnte der Registrant aber nicht auf neonazistische Zahlencodes wie den Herkunftsort „deutschland, irgendwo im nirgens 01488“ verzichten. Auch die falsche Telefonnummer beinhaltete eine „1488“.

Diese braune Leimrute wurde – wie weitere Neonazi-Sites – über einen von seinen Betreibern „todesengel“ getauften Server in den USA gehostet. Sämtliche dort abrufbaren Sites haben identische Registrierungsangaben mit den obigen Phantasiedaten, darunter der im Aufbau befindliche Internet-Versandhandel Aufbruch-Klamotten oder neonazistische Sites wie „Freies Leipzig“ und „Freies Sangerhausen“. Für letztere zeichnet laut Impressum der Sottershausener Neonazi-Aktivist Marcus Großmann verantwortlich, bis vor kurzem Mitglied des NPD-Landesvorstands Sachsen-Anhalt. Großmann war im vergangenen Herbst wie die meisten seiner Gesinnungsgenossen wegen der „Verbürgerlichung“ des Landesverbandes zurückgetreten (vgl. bnr 20/08).

Der ehemalige „Organisationsleiter“ des NPD-Landesverbandes gilt nicht nur als regionale Integrationsfigur der Neonaziszene, sondern zählt mit dem von ihm geführten „Mitteldeutschen Musikversand“, der auch unter den Namen „Wol-Halle“ oder „Zum Thingplatz“ agiert, zu den einschlägigen Szenehändlern. Sein Versand, der bereits in der Vergangenheit wegen des Verdachts der Volksverhetzung durchsucht wurde, arbeitet eng mit der rechtsextremen Ordnertruppe „Selbst-Schutz Deutschland“ zusammen. Auffallend sind Ähnlichkeiten zwischen dem Mitteldeutschen Musikversand und einigen der auf dem „todesengel“ gehosteten Sites bei Bildern und Bannern.

Bislang anonym gibt sich die Site „Aufbruch-Klamotten“ – und wirbt auch mit potenziell strafrechtlich relevanten Artikeln sowie mit Artikeln, die hinter dem Wort „zensiert“ versteckt werden. Offenkundig sind hier – mit Ausnahme der mit dem Strafrecht kollidierenden Artikel – die Übereinstimmungen mit Großmanns Thingplatz-Versand. Bei beinahe 500 identischen Bestellnummern alleine bei den Buttons und zahlreichen weiteren identischen Motiven kann von einem Betreiber ausgegangen werden – angesichts dieser Angebotspalette dürfte der nächste Besuch der Polizei nur eine Frage der Zeit sein. Großmanns Mailadresse bei der Registrierung des Thingplatzes lautet im Übrigen „antifa-hunters“. Dies propagieren auch diverse Artikel seines braunen Versandangebot wie Pullis mit dem Aufdruck: „Anti-Antifa. Auch ihr habt Namen und Adressen. Antifaschistische Strukturen aufdecken“. Großmann vertreibt auch Aufkleber.

Rudolf Kleinschmidt

Gesinnungsbrüder

Neonazis aus Deutschland und Tschechien sind zunehmend freundschaftlich miteinander verbandelt. Der tschechischen Arbeiterpartei droht vermutlich das baldige Aus.

Experten registrieren seit geraumer Zeit eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten in Deutschland und Tschechien. Die Verbindung zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik ist für die rund 5000 Mitglieder zählende rechtsextreme tschechische Szene wichtig. „So können sie sich als gleichberechtigte arische Elite fühlen", sagt der tschechische Rechtsextremismusforscher Miroslav Mares von der Universität in Brno (Brünn). Deutsche Neonazis gelten als Berater und Vorbilder der tschechischen Neonazi-Szene. Die meisten Konzepte tschechischer Neonazis sind von ihren deutschen Vorbildern übernommen. Deutsche Neonazis wiederum, vornehmlich aus Sachsen, sind gern gesehene Gäste bei rechtsextremen Konzerten im Erzgebirge. Waffenkäufe nehmen sie vornehmlich in Tschechien vor. Auch von der Ausbildung von deutschen Neonazis dort an der Waffe ist immer wieder die Rede. Darauf wies ein sächsischer Verfassungsschützer bereits am 20. Dezember 1999 auf einer Sitzung des Kreistags von Pirna hin.

Seit 1989 wurden in Tschechien etwa 30 rassistisch oder ethnisch motivierte Morde verübt. 26 Aufmärsche, Demonstrationen oder Konzerte der rechtsextremen Szene wurden 2007 registriert. Als besonders aggressiv und gewalttätig gilt die mehrere hundert Mitglieder starke „Arbeiterpartei" („Delnicka Strana"; DS), die enge Kontakte zur NPD unterhält. Die außerparlamentarische DS wurde im Januar 2003 gegründet. An der Gründung wirkte Miroslav Sladek, vormals Vorsitzender der tschechischen Republikanischen Partei, mit. Hauptforderungen der DS sind unter anderem die Ausweisung von Ausländern aus Tschechien, die Überführung der Roma nach Indien und ein Verbot von gleichgeschlechtlichen Hochzeiten. Vorsitzender der DS ist Tomas Vandas, vormals Sladeks Sekretär. Als Stellvertreter steht ihm Jíri Stepanek zur Seite. Die „Arbeiterpartei" dürfte vermutlich demnächst verboten werden. Vandas kündigte für diesen Fall aber die Gründung einer neuen Partei an.

Erst am 17. November lieferte die DS europaweite Schlagzeilen. Gemeinsam mit „Narodni Odpor" hatte die DS zu einer Kundgebung unter dem Motto „Schluss mit den Samthandschuhen" (gegen Roma) auf dem „Platz des Friedens" im nordböhmischen Litvinov etwa 150 Kilometer von Prag aufgerufen. 600 Neonazis folgten diesem Ruf. Vandas verkündete auf der Kundgebung, dass das „derzeitige politische System schlimmer sei als der Kommunismus". Weitere Redner waren die slowakischen Rechtsextremisten Marian Kotleba, Ex-Vorsitzender der verbotenen „Slovenska pospolitost" und Radovan Novotny, Chef der Nachfolgeorganisation „Nove slobodne Slovensko".

Sturm auf Roma-Viertel

Nach der Kundgebung machten sich die Neonazis, bewaffnet mit Schlagstöcken, Brandsätzen und Schusswaffen, in Richtung Janov, etwa drei Kilometer entfernt, auf. Janov ist eine von rund 300 Enklaven in Tschechien, in denen Roma wohnen. Obwohl bereits am 18. Oktober rund 200 Neonazi in dem Roma-Viertel randalierten, hatte die Polizei zu wenig Einsatzkräfte vor Ort. Nur mit größter Mühe gelang es den 1000 eingesetzten Polizisten, die entfesselte Meute vom Sturm auf das Roma-Viertel abzuhalten. Stundenlang zogen sich die schweren Straßenschlachten zwischen Polizei und Neonazis, die von der einheimischen Bevölkerung unterstützt wurden, dahin. Das europäische Neonazi-Informationsportal „Syndikat Z" jubelte nach dem Angriff auf die Roma, dass sich die Bevölkerung „solidarisch" gezeigt habe: „So halfen die Bürger der Stadt den Kameraden, sich Festnahmen zu entziehen, versorgten die Demonstranten mit Utensilien zur Selbstverteidigung, boten im Tumult ihre Ortskenntnis an und kümmerten sich um Verletzte."

Vandas war einer der Redner des von der NPD ausgerichteten „3. Festes der Völker" am 13. September 2008 im ostthüringischen Altenburg, das von Andre Kapke angemeldet wurde. In Anlehnung an das „Fest der Völker" wollte die „Arbeiterpartei" am 16. August 2008 in Hradec Kralove ein „1. Fest der Freiheit" durchführen. Trotz Verbots führten die Neonazis eine Kundgebung durch, bei der rund 300 Personen anwesend waren. Darunter auch eine 7-köpfige NPD-Delegation. Dazu gehörten neben anderen Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied Per Lennart Aae, der die

Grüße der sächsischen NPD-Landtagsfraktion überbrachte, Olaf Rose, Mitarbeiter der sächsischen NPD-Fraktion, Karl Richter, Münchner Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp, die damalige sachsen-anhaltinische NPD-Landeschefin Carola Holz und die Regionalalleiterin der NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) Katrin Köhler. Freundschaftlich verbandelt ist der RNF mit der im Sommer 2007 gegründeten tschechischen Frauenkameradschaft „Resistance Woman Unity“ (RWU), zu deren Aktivistinnen gehört Mariana Bittnerova. Köhler organisierte in der Vergangenheit bereits mehrere Besuche bei und mit den böhmischen Kameradinnen, so auch einen Besuch im sächsischen Landtag bei der NPD im Februar 2008.

Tschechische Neonazis waren auch am 21. Juni dieses Jahres in Dresden bei einer Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten zugegen. Dabei wurde der tschechische Fotoreporter Stanislav Krupar, der vor Ort war, von den Neonazis erkannt und daraufhin zusammengeschlagen. 500 Neonazis marschierten am 1. Mai 2008 bei einer DS-Demonstration in Prag auf, als Redner dabei war auch ein Autonomer Nationalist aus Nordrhein-Westfalen. Zu einer illegalen Kundgebung der tschechischen „Jungen Nationaldemokraten“ („Mladi Narodni Demokraten“) am 10. November 2007 in Prag reisten NPD-Anhänger mit zwei Bussen aus dem Raum Chemnitz an.

Beim „ 2. Fest der Völker“ am 8. September 2007 in Jena traten „Sleipnir“, die britische Band „Brutal Attack“ sowie „Conflict 88“ aus Tschechien auf. Am 26. August 2006 fand im Gasthof „Goldener Hirsch“ im sächsischen Oberlauterbach ein rechtsextremes Konzert statt, mit von der Partie waren Neonazis aus Tschechien. Neben Bands aus Tschechien, Ungarn und England musizierte die nordrhein-westfälische Kombo „Oidoxie“ am 7. September 2005 bei einem Neonazi-Konzert in Krteticf. 20 Kilometer von Zittau entfernt fand am 26. März 2005 in Jablonne v Podjestedi ein Neonazi-Konzert statt. Aufgespielt wurde unter anderem von „Race Riot“ aus Sachsen-Anhalt. Die 400 Teilnehmer waren vornehmlich aus Sachsen und Thüringen angereist. Im tschechischen Most feierten Aktivisten der verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) am 18. Dezember 2004 mit tschechischen Gleichgesinnten eine musikalische Wintersonnenwende. *Anton Maegerle*

Konzertserie

Schusswaffeneinsatz nach Musikveranstaltung.

Am Samstag, den 29. November löste die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern am dritten Wochenende in Folge eine Musikveranstaltung der rechtsextremen Szene auf. Nach Rostock und Ueckermünde gaben sich diesmal etwa 50 Szene-Anhänger in einer Gastwirtschaft im mecklenburgischen Teterow ein Stelldichein. Zu vorgerückter Stunde, nachdem mehr Teilnehmer als angekündigt zu der als Geburtstagfeier getarnten Musikveranstaltung kamen, der Aggressions- mit dem Alkoholpegel stieg und die Wirtin um ihr Mobiliar fürchtete, rief sie die Polizeibehörde zur Verstärkung und erklärte die Veranstaltung für beendet.

Eine Gruppe von etwa 20 Rechtsextremisten zog danach grölend und randalierend durch die Stadt. Erst wurde eine Baustellenabsperrung auf die Fahrbahn geworfen, dann griff der Trupp einen Streifenwagen der Polizei an und demolierte ihn. Neben den Außenspiegeln wurden mindestens drei Scheiben eingeschlagen. Nachdem die Beamten sich aus der Umzingelung befreien konnten, suchten die Liebhaber rechtsextremer Musik das Weite. Die Beamten nahmen die Verfolgung auf und setzten den Flüchtenden nach. Ein 23-Jähriger ließ sich erst nach einem Warnschuss widerstandslos am Boden liegend festnehmen. Gegen ihn wird nun wegen schweren Landfriedensbruch, gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel ermittelt.

Ein geplantes rechtsextremes Konzert in Rostock am 15. November hatte die Polizei untersagt, bevor es überhaupt beginnen konnte. Das bereits installierte Equipment durfte an dem Abend nicht mehr entfernt werden. Eine Verlagerung des Konzertes an einen anderen Ort war damit ausgeschlossen. Am 22. November löste die Polizei gegen 18.30 Uhr eine als Geburtstagsfeier deklarierte Musik-Veranstaltung der rechtsextremen Szene in Ueckermünde-Ost auf. Sie sprach Platzverweise aus und untersagte die Veranstaltung. Als Konzertort hatten die Neonazis einen Garagenkomplex, der seit Jahren als Szene-Treffpunkt bekannt ist, erwählt. In Teterow hingegen war die zuständige Polizeibehörde diesmal völlig ahnungslos.

Thomas Niehoff

Ausland

Erbitterte Machtkämpfe

Der rechtsextreme französische Front National scheint im Chaos zu versinken. Abweichler kontern mit rivalisierenden Listen zu den Europaparlamentswahlen.

Seit dem 13. November 2008 ist es nun quasi amtlich: Es wird nicht nur konkurrierende Listen zu denen des Front National (FN) bei den kommenden Europaparlamentswahlen geben, die aus der französischen extremen Rechten hervorgingen. Sie werden auch mit prominenten „Abweichlern" aus den Reihen des FN bestückt sein.

Nach einigem Zögern gab Carl Lang, der frühere Generalsekretär des FN – der im Oktober 2005 von diesem Amt zurücktrat – es an jenem Donnerstag bekannt: Er wird eine rivalisierende Liste zu der des FN anführen. Bisher plante die Parteiführung, ihn als „Nummer zwei" auf der Liste in der Großregion Nord/Nordwest – hinter Marine Le Pen als Spitzenkandidatin – antreten zu lassen. Dies verweigert Carl Lang nun jedoch klipp und klar, mit den Worten, er setze „keinerlei Vertrauen, weder politischer noch technischer noch menschlicher Natur" in die Tochter des FN-Chefs Jean-Marie Le Pen. Damit hat er wohl zweifellos den Rubikon überschritten. Noch ist er nicht aus dem FN ausgeschlossen worden. Aber dies dürfte nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

Zuvor hatte bereits im Oktober Jean-Claude Martinez, bisheriger Spitzenkader des FN in Montpellier, die Aufstellung einer eigenen Liste unter dem Namen „Haus der Freiheit und des Lebens" zur Europaparlamentswahl angekündigt. Auch er hatte es verweigert, einem der Köpfe der „Modernisierer"-Generation in der Partei – dem jungen Generalsekretär des FN, Louis Aliot, der der „Cheftochter" Marine Le Pen nahe steht – als Spitzenkandidat Platz zu machen und auf Listenplatz Nummer 2 hinter ihm anzutreten.

Der Hauptvorwurf des neuen „Dissidenten" ist klar ideologischer Natur: Marine Le Pen, so warnt der sich gern zum „Hüter des Programms" aufschwingende Carl Lang, biete aufgrund ihrer starken Ausrichtung auf die Medien keine Gewähr für „die Fähigkeit, der Diabolisierung trotzen und in der Stunde der Prüfung zusammenhalten zu können". Durch diese Worte spielt der 51-Jährige offen auf die Episode im Januar 2005 an, als Marine Le Pen infolge eines Interviews ihres Vaters mit dem altfaschistischen Wochenblatt „Rivarol" – das auch innerhalb des FN umstritten war und vielfach als „unnütze Provokation" betrachtet wurde – auf Distanz zum alten Chef ging. In dem Interview (dessen gerichtliches Nachspiel zur Zeit stattfindet) hatte Jean Marie Le Pen davon gesprochen, die deutsche Besatzung in Frankreich sei „nicht besonders inhuman" gewesen. Daraufhin hatte Marine Le Pen, die eifrig an der „Modernisierung" der Partei arbeitete, sich für einige Monate zurückzogen – bevor sie wieder auftauchte und aktiv weitermachte. Dies wirft Carl Lang ihr nun in dem Schreiben „an die Aktivisten des FN" vor.

FN-Vizepräsident stellt Vertrauensfrage

Das Antwortschreiben Marine Le Pens wurde am 24. November durch die rechtsextreme Website „Novopress" publiziert. Marine Le Pen erinnert unter anderem daran, dass auch Carl Lang damals, Anfang 2005, eine gewisse persönliche Distanzierung zu den oben zitierten Auslassungen des Chefs habe erkennen lassen. Zudem richtet Marine Le Pen an Lang den Vorwurf, er betreibe nur – oder nur noch – aus Gründen der Selbstversorgung Politik. Und er sei lediglich sauer, weil er sich durch den vorgeschlagenen zweiten Listenplatz (hinter Marine Le Pen) im Superwahlkreis Nord/Nordwest nicht sicher sei, wieder ins Europaparlament einzuziehen, um so finanziell aus dem Schneider zu sein. Lang wiederum behauptet dazu in seinem Offenen Brief, habe man ihm „zwei Jahre volle Bezahlung angeboten". Unwahr, gibt Le Pen zurück, man habe ihm lediglich eine „Absicherung, bis Du die Rente durch hast, und für den Fall Deiner Nichtwahl (ins Europaparlament)" angeboten. Offenkundig wurde also schon durchaus mit materiellen Versprechen operiert. Und die „politischere" Vorgehensweise bei dem Streit scheint jene Carl Langs gewesen zu sein.

Lang konnte dabei offenkundig einen Gutteil der Parteifunktionäre und Aktivisten in seiner Region (Nord-Pas de Calais), und darüber hinaus in dem zur Europawahl zu bildenden „Superwahlkreis" Nord/Nordwest, mit sich ziehen. So sind 10 (laut anderen Angaben auch 12) von insgesamt 16 bisherigen Regionalparlamentariern des FN in der

nordfranzösischen Regionalhauptstadt Lille entweder ausgetreten oder jüngst ausgeschlossen worden. In der Nachbarregion Normandie trat der gesamte DPS („Abteilung Schutz und Sicherheit"), der von Kritikern als paramilitärisch bezeichnete Ordnerdienst, aus dem FN aus und „stellte sich Carl Lang zur Verfügung".

Im Südosten könnten Lang einerseits und Martinez andererseits einen gewichtigen Verbündeten gefunden haben. Dort plant Jacques Bompard, der letzte heute noch verbliebene rechtsextreme Rathauschef in Frankreich – er ist Bürgermeister von Orange –, seinerseits eine rechtsextreme Liste in Konkurrenz zu jener des FN aufzustellen. Bompard war im September 2005 aus dem FN aus- und im November 2005 der Kleinpartei „Bewegung für Frankreich" (MPF) des nationalkonservativen Katholiken Philippe de Villiers beigetreten. Trotz seines Parteiübertritts blieb Jacques Bompard weiterhin bei offen rechtsextremen Positionen.

Unklar ist der Verbleib des FN-Vizepräsidenten Bruno Gollnisch. Auf einer FN-Sitzung am 24. November hatte Gollnisch seinen sofortigen Rücktritt angeboten. Dieser wurde jedoch durch Le Pen und die versammelten Leitungsmitglieder ausgeschlagen. Gollnisch erklärte sich daraufhin bereit, sein Amt weiterhin zu führen. Es handelt sich also um eine Art Vertrauensfrage. Allerdings hat Gollnisch, der (gegenüber Jean-Marie Le Pen) als autoritätsergeben, aber zugleich als großer Rivale der Le Pen-Tochter im Ringen um den Vorsitz gilt, in Interviews erklärt, er selbst sei zwar gegen rivalisierende Listen, doch Lang und Martinez seien seine Freunde. Er, Gollnisch, habe „eine politische Analyse, die mir von Jean-Marie und Marine Le Pen nicht in Gänze geteilt zu werden scheint". An anderem Ort hatte er auf die Frage hin, ob er seine Kandidatur im Superwahlkreis „Ost" – rund um Lyon – zur Europarlamentswahl auch danach aufrecht erhalte, geantwortet: „im Moment". Sollte Gollnisch nun doch einen Abgang (und sei es nur aus bestimmten Funktionen) vollziehen, dann bricht endgültig ein Gutteil des FN-Apparats zusammen. Denn die innerparteilichen Opponenten gegen den Aufstieg Marine Le Pens, gerade unter den alten Aktivisten und den höherrangigen Kadern, hatten Gollnisch bislang noch als ihr „Bollwerk" gestützt.

Bernhard Schmid

Bäumchenwechsel

Schwedische Neonazis in neuem Gewand.

Die schwedische „Nationalsocialistik Front" („Nationalsozialistische Front"; NSF) hat sich im November aufgelöst und wurde in die neu gegründete „Folkfronten Party" („Volksfront") überführt. Die „Folkfronten Party" mit Postfachadresse in Stockholm kämpft für ein ethnisch homogenes Schweden, pflegt jedoch im Gegensatz zur NSF keinen offenen Hitler-Kult. Ziel der rassistischen Partei ist es, „Schweden seine Größe und seine Rechte wieder zu verschaffen". Geführt wird die neue Partei von den altgedienten NSF-Spitzenkadern Daniel Höglund (1. Vorsitzender) und Anders Ärleskog (Stellvertreter).

Die beiden Neonazis sind in Schweden einschlägig bekannt. Höglund, der sich 1997 den Uniformfetischisten der NSF anschloss, war einer der Redner bei der NSF-Demonstration „Freiheit für Ernst Zündel" am 7. Juli 2007 in Stockholm. Im Laufe der Demonstration wurde der deutschen Botschaft ein Protestschreiben übergeben, das neben der NSF die „Dänische Nationalsozialistische Bewegung" (DNSB), die „Norwegische Nationalsozialistische Bewegung" (NNSB), die „Russische Nationale Einheit" (RNE) und das „Nordische Hilfswerk" (NHH) unterzeichnet hatten. Ärleskog war Vortragender beim Salem-Gedenkmarsch am 10. Dezember 2005.

Die 1994 im südschwedischen Karlskrona, einer rechtsextremen Hochburg, gegründete NSF war mit rund 500 Mitgliedern die größte Organisation der zersplitterten und zerstrittenen Neonazi-Szene in Schweden. 1999 geriet die NSF mehrfach in die Schlagzeilen, weil einige ihrer Kader für Gewaltverbrechen verantwortlich gemacht wurden. Bei der Hitler-Gedenkfeier, die die NSF am 17. April 1999 ausrichtete, waren auch Gesinnungskameraden aus Dänemark, Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland zugegen. Vom 13. bis 15. September 2002 führte der von Mirko Appelt geführte „SelbstSchutz Sachsen-Anhalt" (heute: „SelbstSchutz Deutschland"), ein Ordnerdienst unter andrem für Neonazi-Demonstrationen, im Auftrag der NSF einen Einsatz zur Absicherung von Wahlkampfaktivitäten in Karlskrona durch.

Anton Maegerle

Seitenblick

Christliche „Amtshilfe“

Kollaborateure in den beiden großen Kirchen haben die konvertierten Juden nicht geschützt, sondern dem NS-Regime ausgeliefert.

In Europa ist zwar vieles über den Völkermord an den Juden dieses Kontinents untersucht worden, aber noch nicht alles. Dafür ein Beispiel. Es bleibt zu fragen, wie es möglich war, konvertierte Juden aufzuspüren und zu verfolgen? Dazu liegt jetzt eine völlig neue Untersuchung vor.

Juden zu identifizieren war einfach. Es gab die Zahlen der letzten Volkszählung aus der Zeit vor der Machterschleichung durch die Nationalsozialisten, bei der auch die Konfessionen erfragt worden waren. Außerdem standen die Register der jüdischen Gemeinden zur Verfügung. Kein Problem also, die jüdischen Frauen, Kinder und Männer zu „erfassen“. Bei Katholiken und Protestanten stellte sich die Lage anders dar. Sie wollte das Regime nicht zwingen, die Kirchenbücher zu missbrauchen. Auf einen Kampf gegen die beiden christlichen Konfessionen wollte man sich nicht einlassen. Aber in der evangelischen Kirche gab es erstens die „Deutschen Christen“ als Anhänger des neuen Regimes. Zweitens waren nicht wenige evangelische Pfarrer Mitglieder der NSDAP, die ebenfalls die „Rassenreinheit“ des deutschen Volkes verlangten. Nachdem etliche dieser Gruppen von sich aus in den Kirchenbüchern ihre konvertierten Juden herausgesucht und denunziert hatten, machten fast alle Kirchen freiwillig mit.

Professor Manfred Gailus hat soeben die Ergebnisse seiner Studie veröffentlicht. (Manfred Gailus, Hrsg., Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich“, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2008, 223 Seiten, 19,90 Euro) Er nennt das „kirchliche Amtshilfe“. Die Kirchenbücher, die über das 18. Jahrhundert zurück reichten, waren verlässliche Quellen. Das galt für beide Konfessionen, wobei diese Kollaboration für Gailus „ein typisches Zeichen für die Evangelische Kirche“ war. Sie hat sich stets rasch jedem Herrscher angepasst und Amtshilfe offeriert. Etwas weniger hilfsbereit zeigte sich die katholische Kirche. Aber: Es ist jedenfalls bis jetzt kein Fall bekannt, in dem ein Priester sich geweigert hat, seine Kirchenbücher unter Verschluss zu halten.

Nun könnte man den Geistlichen beider christlicher Konfession unterstellen, nicht gewusst oder geahnt zu haben, was Menschen mit jüdischem Hintergrund drohte. Gailus antwortet darauf in einem Gespräch mit der „Jüdischen Allgemeinen“ (JA): „Dass man mit diesen Unterlagen zum Ausschluss aus der ‘Volksgemeinschaft’ beitrug und schlimme Familienschicksale herauf beschwor, das alles konnte und musste ein Pfarrer wissen. Dass die Sache lebensgefährlich war und schließlich tödliche Ausmaße annehmen konnte, war spätestens nach der Pogromnacht 1938 zu ahnen. Man hat mit eigenen Augen gesehen, was denjenigen zugedacht war, die als ‘nicht arisch’ galten.“

Partei und Staat wollten es sich nicht mit den großen Kirchen verderben. Man brauchte sie bei der Vorbereitung des Krieges. Widerstand von der Kanzel wäre sehr hinderlich gewesen. Erinnert sei an den Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, der gegen die „Euthanasie“ protestierte, als Häscher sein Bistum bedrohten. Ihm sollte erst nach dem „Endsieg“ der Prozess gemacht werden. Goebbels hat das seinem Tagebuch anvertraut. Die Pfarrer haben ihre Quellen freiwillig herausgegeben. Bischöfe oder Kardinäle kennt der Protestantismus bekanntlich nicht. Es konnte keine Anweisung „von oben“ geben. Jeder durfte, musste, konnte selbst entscheiden.

Anders ist es bei den Katholiken, dort hat der Papst das letzte Wort. Aber dass sich Pius XII. den Nazis in den Weg stellen werde, brauchten die Nazis nicht zu befürchten. Erinnert sei an sein Schweigen zum Völkermord an den europäischen Juden. Und unter dem Papst gab und gibt es ja noch in jedem Land die Kardinäle und Bischöfe. Auch von ihnen ist keine Aufforderung überliefert, die Kirchenbücher nicht zu öffnen. Hätte das einer versucht, wäre ihm vermutlich nichts geschehen. Kirchenstrafen konnte das Regime nicht verhängen, KZ-Haft drohte in solchen Fällen vermutlich nicht. Fazit: In beiden christlichen Kirchen gab es Kollaborateure. Ohne ihre Hilfe wäre es nicht möglich gewesen, diese etwa 500 000 „nicht arischen Christen“ der Verfolgung auszuliefern.

Heiner Lichtenstein

Im Osten nichts Neues

Hohe Ausländerfeindlichkeit auch in Bayern.

„Rechtsextreme Einstellung ist kein Randphänomen, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft wieder“, lautete das Fazit einer Erhebung der Leipziger Wissenschaftler Elmar Brähler und Oliver Decker aus 2006. Diese Beschreibung passt auch zu der neuen Studie der Leipziger „Bewegung in der Mitte“, die Ende November in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin vorgestellt wurde.

Demnach beträgt die Zahl derer, die ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild vertreten, im Westen 7,5 Prozent (2006: 9,1%), im Osten ist die Zahl auf 7,9 Prozent (6,6) angestiegen. Grobgefasst lautet das Resüme der Wissenschaftler: Ostdeutsche seien ausländerfeindlicher (32,6%; West: 18,2) sowie chauvinistischer (17,1%; 14,3) und befürworteten eher eine rechtsautoritäre Diktatur (5,6%; 3,3). Westdeutsche seien eher antisemitisch (9,3%; Ost: 7,9) sowie sozialdarwinistisch (3,5%; 1,6) eingestellt und neigten eher zur Verharmlosung des Nationalsozialismus (3,8%; 1). Der Ost-West-Vergleich ist allerdings zu grobkörnig, zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es erhebliche Unterschiede. Besonders auffällig ist dies bei der Ausländerfeindlichkeit, die im Westen auf 18,2 Prozent (2006: 25,7%) zurückgegangen, im Osten auf 32,6 hochgeschnellt (30,6%) ist. Bayern zeigt aber den zweithöchsten Wert (39,1%) nach Sachsen-Anhalt (39,3%) und liegt beim Chauvinismus mit 30,4 Prozent an der Spitze. In Mecklenburg-Vorpommern finden sich die höchsten Zustimmungswerte zum Sozialdarwinismus (14,3%) und der Verharmlosung des Nationalsozialismus (7,2%).

Professor Brähler wies auch auf die soziodemographischen Unterschiede hin. So habe Mecklenburg-Vorpommern andere Strukturen als Sachsen, gelte als abgehängte Region, was teilweise auch auf Sachsen-Anhalt und Brandenburg zutreffe. Der Wissenschaftler betonte darüberhinaus, dass die aktuelle Befragung noch vor der Finanzkrise durchgeführt wurde. Die Ergebnisse der Studie könnten sich daher verschlechtern.

Gabriele Nandlinger

Die Studie unter: www.fes.de/rechtsextremismus

Blick in die Zeitgeschichte

Entfesselte Barbaren

Eine Ausstellung zeigt die Brutalität und Schikanen gegen Juden beim Novemberpogrom 1938.

Am 28. November 1938 schrieb Louis P. Lochner, Berliner Bürochef der amerikanischen Nachrichtenagentur AP, in einem Brief an seine Kinder, dass die „antisemitische Orgie vom 10. November und der folgenden Tage ... die schrecklichste Erfahrung“ seines Lebens gewesen sei: „Ich habe mir nie vorstellen können, dass die menschliche Natur sich zu solcher Verderbtheit und Sadismus und Grausamkeit herablassen würde.“ Rafael Rocha-Schloss, der Erste Sekretär der Kolumbianischen Botschaft, der auf dem Kurfürstendamm wohnte, berichtete seinem Außenminister am 16. November: „Weil ich langsam und diskret mit meinem Auto fuhr, konnte ich beobachten, wie entlang dieser Straße diese barbarischen Handlungen durchgeführt wurden. Einige der Randalierer haben die Scheiben eingeschlagen, während andere eindrangen, um die dort vorhandenen Möbel zu zerstören und die Waren auf die Straße zu werfen, wo sie ... plünderten ... Das Spektakel, das die Hauptader Berlins zeigte, war wahrlich entsetzlich, die zerstörten Glasscheiben über den ganzen Bürgersteig verstreut, die Waren zerfetzt und im Innern der Kaufhäuser die Trümmer.“ – Zwei zeitgenössische Stimmen aus dem hervorragenden Begleitband zu einer Ausstellung, die mit vielen wenig bekannten oder unbekannten Fotografien illustriert, was Augenzeugen fassungslos, ungläubig und erschüttert berichtet haben.

Das Ausmaß der Zerstörungen während des Novemberpogroms zeigt eine Landkarte: 1283 Synagogen und Betsäle wurden in Brand gesteckt und geplündert, kaum eine jüdische Gemeinde blieb verschont. 7500 Geschäfte wurden demoliert, bis zu 100 Juden, die eine zweite Karte namentlich aufführt, kamen unmittelbar bei Überfällen ums Leben oder starben in den Wochen danach an den erlittenen Misshandlungen. Etwa 30 000 jüdische Männer wurden festgenommen und für mehrere Wochen in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau eingeliefert. Allein in Buchenwald starben von ihnen 233 Häftlinge. Ein Teil der Inhaftierten wurde nach einigen Wochen

entlassen, wenn sie nachweisen konnten, dass ihre Auswanderung bevorstand. Welche Demütigungen, Schikanen und Entrechtungen von seiten der Behörden dabei für die zurückgebliebenen Ehefrauen und Familienangehörigen zu bewältigen waren, schildert das 1987 zum ersten Mal erschienen Tagebuch der Berliner Ärztin Hertha Nathorff mit großer Eindringlichkeit.

Zwei Tage nach den Gewaltakten verbot eine Verordnung den Juden den weiteren Betrieb von Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben. Zugleich mussten sie eine „Sühneleistung" von 1,126 Milliarden Reichmark aufbringen (1 RM = 10 Euro) und wurden verpflichtet, „das Straßenbild wiederherzustellen". Auf die Enteignung folgten die Ghettoisierung, die Deportation und zuletzt die Vernichtung.

Verstörend sind nicht allein die in den acht Schaukästen der Ausstellung dokumentierten Brutalitäten und Verwüstungen, sondern auch die Lust an der öffentlichen Demütigung, die Niedertracht, die hier offenbar werden. In Baden-Baden verhafteten SS und Polizei 80 Juden, denen ein jüdischer Lehrer in der Synagoge aus Hitlers „Mein Kampf" vorlesen musste. Zwei Gemeindemitglieder wurden beim anschließenden Marsch durch die Stadt gezwungen, einen Stern mit der Aufschrift „Gott verlässt uns nicht" zu tragen. In Regensburg zwingen Angehörige des NS-Kraftfahr-Korps (NSKK) jüdische Männer, zum Teil nackt, zu exerzieren, durch den Schlamm zu kriechen und anschließend mit dem Schild „Auszug der Juden" durch die Innenstadt zu marschieren. Danach wurden sie unter der Aufsicht der NSDAP nach Dachau oder in das Regensburger Gerichtsgefängnis gebracht. Diese Fotos stammen wie viele andere aus den Akten der nach dem Krieg geführten Ermittlungsverfahren und Prozesse, in denen sich 17 700 Beschuldigte und Angeklagte zu verantworten hatten. Die überwiegende Zahl der Urteile erging bis zum Jahr 1950; der letzte Prozess fand 1992 in Paderborn statt.

Theo Meier-Ewert

„Es brennt!" Antijüdischer Terror im November 1938, hrsg. von Andreas Nachama, Uwe Neumärker und Hermann Simon, Katalog, Berlin 2008, 165 Seiten, 15 Euro. Die Ausstellung wird bis zum 1. März 2009 in der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin gezeigt.

Geraubte Bücher

Jüdisches Eigentum in Berliner Bibliotheken.

„Dem lieben Wolfgang Lachmann in Freundschaft gewidmet, Chanuka 5698, Dezember 1937". Diese Widmung findet sich in einem Kinderbuch, das zur Zeit im Foyer der Berliner Zentralbibliothek zu sehen ist. Dort finden sich in Regalen, Glascontainern und Vitrinen Bücher, die jüdischen Mitbürgern während der NS-Zeit geraubt wurden. Atlanten und religiöse Werke stehen neben Romanen und Sachbüchern. Die meisten Besitzer wurden in die Vernichtungslager deportiert.

Zahlreiche auf Schautafeln angebrachte Schreiben dokumentieren das bürokratische Prozedere des Raubes. So schrieb der Berliner Bürgermeister 1943, dass die Bibliotheken die Bücher aus den jüdischen Haushalten nicht kostenlos bekommen können. In einem Antwortschreiben bestätigte eine Behörde der Berliner Stadtbibliothek, dass 45 000 Reichsmark an die Städtische Pfandleihanstalt gezahlt worden seien. Die Ausstellung macht auch deutlich, dass nach dem Ende des NS-Regimes die geraubten Bücher weiter die Bestände der Berliner Bibliotheken füllten. Erst Anfang 2008 hat der Kurator Detlef Bockenkamm das Buch „J" gefunden, in dem der Eingang der geraubten Bücher akribisch festgehalten wurde. Der letzte Eintrag stammt vom 20. April 1945. Auf Grundlage dieses Dokuments der deutschen Bürokratie konnte die Ausstellung erstellt werden.

Im Foyer der Bibliothek werden die Besucher mit dieser bis heute unaufgearbeiteten Geschichte konfrontiert. Nicht nur die Berliner Bibliotheken behielten die geraubten Bücher nach 1945 in ihren Beständen. Historiker gehen davon aus, dass sämtliche deutsche Bibliotheken noch Hunderte Exemplare in ihren Beständen haben. Wolfgang Lachmann, der Besitzer des Kinderbuches mit der Widmung, lebt heute in den USA und hat über einen „Spiegel"-Artikel von dem Verbleib seines vor mehr als 70 Jahren geraubten Eigentums erfahren. Nach dem Ende der Ausstellung wird es ihm zurück gegeben.

Peter Nowak

„Geraubt – Die Bücher der Berliner Juden"; bis zum 28. Februar 2009 im Foyer der Berliner Stadtbibliothek.

Meldungen

Republikaner blicken voraus

Herne – Die nordrhein-westfälischen Republikaner haben bei einem Parteitag in Herne bereits ihre Landesliste für die Bundestagswahl 2009 aufgestellt. Dabei finden sich auf den ersten Plätzen altbekannte Gesichter. Angeführt wird die Liste von Landesschatzmeister Ralf Goertz aus Erkelenz. Auf den folgenden Plätzen stehen der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Heydrich aus Köln, der Wuppertaler Stadtverordnete und Landesschriftführer Wolfgang Pohlmann, Landesvize Ulrich Manes, Kreistagsmitglied in Minden-Lübbecke, der Herner Stadtverordnete Arnd Schubeus und mit Frank Maul, Kreistagsmitglied in Siegen-Wittgenstein, auch der dritte stellvertretende Landesvorsitzende. Landeschefin Uschi Winkelsett war bereits im Juni zur Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der Europawahl im kommenden Juni bestimmt worden. (ts)

Braune Zahlungsmoral

Mainz –Die aktuelle Ausgabe der „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politischen Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) verzichtet wiederum nicht auf die schwarze Liste säumiger Beitragszahler. Darunter befinden sich auch prominentere Angehörige der gesamten neonazistischen Szene wie der Heidelberger Helmut Braun (früherer Funktionär der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front", zuletzt NPD-Bundestagskandidat), Jörg Milch, ehemaliger Aktivist der „Karlsruher Kameradschaft", Gordon Reinholz, ehemaliger Vorsitzender des 2001 gegründeten „Märkischen Heimatschutz" oder Thomas Gerlach, der beim „Thüringer Heimatschutz" und dem „Kampfbund Deutscher Sozialisten" aktiv war. Die Schriftleitung der „Nachrichten" liegt seit April 2002 bei Mareike Brauchitsch, die in den 90er Jahren bei der Gruppierung „Die Nationalen" und bei der „Berlin-Brandenburger Zeitung" tätig war. (xy)

Kampflustiger Kandidat

Freiberg – Der ehemalige Rechtsterrorist Peter Naumann ist Kandidat der NPD für die Bundestagswahl 2009. Naumann wurde am 21. November von den Delegierten des NPD-Kreisverbands Mittelsachsen zum Direktkandidaten gekürt. Der langjährige NPD-Kader war 1988 vom Oberlandesgericht Frankfurt/Main zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren und 6 Monaten verurteilt worden. Naumann hatte 1978 einen Sprengstoffanschlag auf eine antifaschistische Gedenkstätte in Rom sowie Anschläge auf TV-Sendeeinrichtungen in der Bundesrepublik begangen und 1982 versucht, eine rechtsterroristische Vereinigung zu gründen. Im August 1995 übergab Naumann seine seit etwa 17 Jahren in 10 Erddepots gelagerten Bestände an Sprengmitteln und Waffen den deutschen Behörden. Zuletzt lieferte Naumann am 11. November bundesweite Schlagzeilen. Der bullige Naumann, parlamentarischer Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, schlug an diesem Tag dem NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel in den Räumen der NPD-Landtagsfraktion die Faust ins Gesicht. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de